



Jahreslosung 2015:
Nehmt einander an,
wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob.
Römer 15,7

BERICHT ÜBER DIE FÜR DIE KIRCHE BEDEUTSAMEN EREIGNISSE

der Landessynode
gemäß Artikel 139 der Kirchenordnung
erstattet von

Präses Manfred Rekowski

*Sperrfrist: 12. Januar 2015, Beginn des Vortrags!
(Es gilt das gesprochene Wort.)*

BERICHT ÜBER DIE FÜR DIE KIRCHE BEDEUTSAMEN EREIGNISSE

Inhaltsverzeichnis

A. Wo und wie Gott zur Welt kommt	3
B. Kirche für die Welt.....	5
1. Friedensethische Herausforderungen	5
2. Diskussionen um assistierten Suizid und aktive Sterbehilfe	6
3. Langzeitarbeitslosigkeit.....	8
4. Flüchtlinge	8
5. Islam	11
6. Der Israel-Palästina Konflikt	13
7. Antisemitismus in Deutschland	14
C. Kirche Gottes in unserer Zeit	15
1. Ökumene	15
2. Diakonie	18
3. Pfarrdienst und Personalplanung.....	19
4. „Gedenktage“ erinnern an Verantwortung und Gestaltungsaufgaben	20
a) 75. Todestag von Paul Schneider	20
b) Rechtliche Gleichstellung von Frauen im Pfarramt.....	21
c) 35 Jahre Rheinischer Synodalbeschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden	22
5. Innerkirchliche Herausforderungen.....	22
D. Reformatorische Einsichten.....	24
Anlage: „Wieviel Raum braucht die Kirche?“ (Dietrich Bonhoeffer).....	27

A. Wo und wie Gott zur Welt kommt

Auf der Tagesordnung dieser Synode stehen wieder viele Aufgaben, denen wir uns in unserem kirchlichen Alltag zu stellen haben. Auch in diesem Bericht möchte ich auf einige aktuelle Fragen eingehen, die sich uns als Kirche in der Welt und die sich uns in kircheneigenen Angelegenheiten stellen. Doch bevor ich auf diese Fragen eingehe, lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was unser Selbstverständnis als Kirche ausmacht. Die Frage nach unserem Selbstverständnis stelle ich mit Dietrich Bonhoeffer so: „Wieviel Raum braucht die Kirche?“

Seine Antwort lautet¹: Die Kirche „begehrt nicht mehr Raum als sie braucht, um der Welt mit dem Zeugnis von Jesus Christus und von ihrer Versöhnung mit Gott durch ihn zu dienen.“ Daran orientieren wir uns in der inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit, aber ebenso auch bei den anstehenden strukturellen Fragen unserer Kirche. Beides steht auf landeskirchlicher, kreiskirchlicher und gemeindlicher Ebene an. Die Kirche dient der Welt. Darum werden wir während der Tagung dieser Synode beginnend mit diesem Bericht immer wieder auch über die Situation unserer Welt nachdenken und reden, auf Gottes Wort hören und für die Welt beten. Wir werden dabei nicht einander oder der Öffentlichkeit die Welt erklären, sondern wir werden uns einmischen, indem wir Zeugnis geben von der „Herrschaft Jesu Christi über die ganze Welt“. Diese Konzentration ist auch das Vorzeichen für unser Nachdenken über die Zukunft unserer Kirche.

„Wieviel Raum braucht die Kirche?“ Dietrich Bonhoeffer formuliert: „Wenn Gott in Jesus Christus Raum in der Welt beansprucht – sei es nur in einem Stalle, weil sonst kein Raum in der Herberge (Lk 2,7) war“, dann geht es um äußerst engen, beschränkten Raum². Mehr Raum in der Welt ist nicht nötig, um die Herrschaft Jesu Christi über die ganze Welt zu bezeugen und zu verkündigen. Dies ist, was ich „Kirche mit leichtem Gepäck“ nenne.

„Dieser Raum der Kirche“ – und ich füge im Blick auf unseren Immobilienbestand und die institutionelle Präsenz unserer Kirche hinzu: Auch der kleiner werdende Raum der Kirche – „ist also nichts für sich selbst Bestehendes, sondern etwas immer schon weit über sich Hinausgreifendes“. Wo auch immer Kirche Jesu Christi anzutreffen ist, sie weist und sie greift weit über sich hinaus. Die Kirche muss ihren Raum nicht über den Raum der Welt ausdehnen. Sie okkupiert nicht, religiöser Imperialismus ist ihr fremd, und Bollwerke errichten wir auch nicht. „Der Raum der Kirche ist nicht dazu da, um der Welt

¹ Vgl. Dietrich Bonhoeffer, Ethik, S. 48-50

² Im Jahr 2014 habe ich verschiedene kleine protestantische Kirchen im europäischen Ausland - Polen, Belgien, Tschechien, Slowakei - besucht, die in ihren jeweiligen Ländern zur absoluten Minderheit gehören. Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen mit 75.000 Mitgliedern hat im Sinne Bonhoeffers ganz folgerichtig als Motto für das Reformationsjubiläum formuliert: „Frei in Christus verändern wir die Welt.“

ein Stück ihres Bereiches streitig zu machen...“. Wir werden der Welt „bezeugen, dass sie Welt bleibt, nämlich die von Gott geliebte und versöhnte Welt.“ Das ist eine Platzanweisung für eine Kirche, die mit Gottes Wirken in der Welt rechnet.

„Wieviel Raum braucht die Kirche?“ Diese Frage ist auch eine Platzanweisung für eine Kirche, die im Blick auf die Finanzkraft, die Stärke der Organisation und die Akzeptanz der Institution nicht mehr länger auf ein ungebremses Wachstum setzt oder auch nur anhaltende Kontinuität voraussetzt. Auch das ist Zeugnis für die Welt. Der Glaube an ein ungebremses Wachstum der Institution Kirche und ihrer Finanzkraft ist nicht der vierte Glaubensartikel, sondern eher eine der größten Versuchungen für uns – bisweilen mit narkotischen (Neben-)Wirkungen auf uns.

Was verteidigen wir als Kirche? Was steht auf dem Spiel, wenn die Kirche „ihren eigenen Raum“ verteidigt? Bonhoeffer drückt das sehr drastisch aus: Es geht nicht um den „Raum eines Kultvereins, der um seinen eigenen Bestand in der Welt zu kämpfen hätte“. Dabei machten wir nie eine gute Figur, sondern mutierten eher zu Auftrags- und Verheißungsvergessenen und dabei atemlos werdenden Aktivisten. Unseren eigenen Raum können wir als Kirche nur dadurch verteidigen, dass wir nicht um ihn, sondern in der Nachfolge Christi um das Heil der Welt kämpfen. Andernfalls werden wir zu einer Religionsgesellschaft, die in eigener Sache kämpft und damit aufgehört hat „Kirche Gottes und der Welt“ zu sein. Diese Gefährdungen und Sackgassen drohen einer Kirche, die um den eigenen Bestand kämpft. Was verteidigen wir als Kirche? Kirche ist nicht statisch. Sie ist nicht einfach da, einmal gegründet, mit fester Ordnung, unerschütterlich. Kirche ist nur dann Kirche, wenn sie sich immer wieder als „Kirche Gottes und der Welt“ bewährt.

Wir sind „Kirche Gottes und der Welt“. Das muss in unseren Verlautbarungen vernehmbar werden, in unseren Predigten hörbar bleiben und in unseren Aktivitäten wahrnehmbar sein. Wir werden der Welt mit dem Zeugnis von Jesus Christus und von der Versöhnung mit Gott durch ihn dienen. Das steht auf der uns vorgegebenen Tagesordnung. Ihr wenden wir uns nun zu.

B. Kirche für die Welt

1. Friedensethische Herausforderungen³

Im letzten Jahr haben uns u.a. aus Israel und Palästina, Syrien, dem Irak und der Ukraine besorgniserregende Meldungen erreicht. Der Krieg, die Gewalt und der Terror erschüttern uns. In Syrien und im Irak kommt es sogar zum Völkermord. Humanitäre Hilfe wird von vielen Staaten, darunter Deutschland, angeboten. Doch es bleibt nicht bei humanitärer Hilfe. So erhalten etwa die von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ bedrängten Kurden Waffen – auch aus Deutschland. Die USA fliegen sogar Luftangriffe. Selbst über den Einsatz von Bodentruppen wird nachgedacht.

Kann man mit Waffengewalt helfen? – Die Realität zeigt uns, dass wir mit jedem Krieg, in den wir eintreten, große Schuld auf uns laden. Das tun wir auch dann, wenn wir Waffen an die Kriegsparteien exportieren. Und was ist, wenn wir zuschauen und nicht eingreifen, obwohl wir es könnten? Dann werden wir vermutlich auch Schuld auf uns laden. Erinnern wir uns an den Völkermord in Ruanda. Wäre die Weltgemeinschaft rechtzeitig eingeschritten, hätte sehr wahrscheinlich viel Unheil - 800.000 Tutsi wurden durch Hutu getötet - verhindert werden können. Und was wäre passiert, wenn die Alliierten im Zweiten Weltkrieg nicht eingegriffen hätten? Auch das ist eine berechnete Frage. Und dennoch gilt: Eine gute Intention macht einen Krieg noch lange nicht zu einem „gerechten Krieg“.

Es gibt keinen gerechten Krieg, nur einen gerechten Frieden. Und weil das so ist, muss die evangelische Kirche dafür eintreten, dass die Friedensforschung und die Friedensarbeit auf dieser Welt verstärkt werden, dass zivile Konfliktlösungen den Vorrang bekommen und dass Kriegsursachen nachhaltig bekämpft werden. Die christliche Verantwortung beginnt weit vor der bewaffneten Auseinandersetzung, nämlich dort, wo die Konflikte entstehen und nicht erst dort, wo sie eskalieren. Die Frage ist: Wie können wir in unserer Welt zu Friedensstiftern werden? Wo können wir zur Versöhnung beitragen, wo zur Deeskalation?

Die Diskussionen dürfen deshalb auch nicht auf die Frage möglicher Waffenlieferungen reduziert werden. Es ist notwendig, auch kritisch Bilanz einer über Jahre und Jahrzehnte verfehlten Politik in dieser Weltregion zu ziehen. Es wurde je nach politischer Opportunität mit Diktatoren und Regimen paktiert, militärisch aufgerüstet und interveniert. Politisch tragfähige Lösungen

³ Ich mache mir an dieser Stelle Teile eines Vortrags von Vizepräsident Dr. Johann Weusmann anlässlich des 200jährigen Jubiläums des Evangelischen Bibelwerkes im Rheinland vom 21.9.2014 zum Thema „Die Bibel als politisches Buch“ zu Eigen.- Vgl. auch:
http://www.ekir.de/www/downloads/ekir2014Ansreiben_Praeses_Gewaltfreiheit_als_Prima_Ratio.pdf und
http://www.ekir.de/www/downloads/ekir2014gewaltfreiheit_als_prima_ratio.pdf

wurden auf diesem Wege nicht erreicht, wohl aber wurde ein Maß an Instabilität bewirkt, das nun Terrorgruppen ideale Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Ich bleibe dabei: Die Waffenarsenale dieser Welt sind nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller beklagt, dass noch immer 13 Mal mehr in Waffen und Militär als in Frieden und Entwicklung investiert wird. Unter diesen Bedingungen ist kein nachhaltiger Friede zu erwarten.

„Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“, heißt es in der Bibel⁴. Das ist unser Auftrag. Vor dem dürfen wir im komplexer werdenden 21. Jahrhundert nicht kapitulieren. Mit diesem Zeugnis dienen wir der Welt.

2. Diskussionen um assistierten Suizid und aktive Sterbehilfe

Nach einer monatelang öffentlich geführten voraus laufenden Diskussion hat der Bundestag im November seine Beratungen zu dem Thema begonnen. Sie sollen im letzten Quartal des Jahres 2015 in ein Gesetzgebungsverfahren münden. Diskutiert werden insbesondere zwei Fragestellungen: Inwieweit eine organisierte assistierende Beteiligung am Suizid (z.B. durch sogenannte "Sterbehilfevereine") unter Strafe gestellt werden muss, und ob die Möglichkeit einer ärztlichen Assistenz beim Suizid geregelt werden soll. Wir haben uns als Kirche immer wieder schon mit diesem Thema befasst. Als Kirche wollen wir uns weiterhin in diese Diskussion einbringen. Theologischer Konsens ist die Forderung, jede Form organisierter – juristisch formuliert: geschäftsmäßiger – Beihilfe zur Selbsttötung unter Strafe zu stellen. Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, Suizid wäre eine „normale“ Option am Lebensende. Politische Forderung bleibt eine nachhaltige Förderung der Palliativmedizin und der ambulanten und stationären Hospizarbeit.

Christinnen und Christen sind Liebhaber des Lebens, weil Gott ein Freund des Lebens ist⁵. Sie wissen um die Gaben und um die Grenzen des Lebens. Sie wissen, dass es nicht nur aus Autonomie besteht, sondern vielfach auch aus Abhängigkeiten und Angewiesensein. Das ist nicht nur am Beginn des Lebens, sondern für viele auch am Ende des Lebens so. Und es ist in all den Jahren dazwischen, während unserer gesamten Lebenszeit auch so. Christinnen und Christen wissen, dass die Würde eines Menschen nicht erst und nicht nur so lange besteht wie uns „selbstbestimmtes Leben“ möglich ist.⁶ Das Leitbild des Menschen als eines selbstbestimmten Individuums kann besonders dann in die Irre führen, wenn die Handlungsmacht immer größer wird. Menschen treten aber nicht in Einzahl auf, sondern leben immer in gemeinschaftlichen Bezügen⁷. Nur in einem sozialen Eingebundensein

⁴ Römer 12,21

⁵ http://www.ekd.de/EKD-Texte/sterbebegleitung_sterbehilfe_4.html

⁶ <http://www.ekir.de/www/service/cdu-parteitag-predigt-rekowski-18198.php>

⁷ Vgl. 1. Mose 2,18

sind wir Menschen. Es geht hier also nicht nur um individualethische, sondern auch um sozialetische Fragen.

Folgende Aspekte verdienen meiner Meinung nach besondere Beachtung:

- Welche Auswirkungen hat es für unsere Gesellschaft, wenn die aktive Gestaltung des Todes bis hin zur aktiven Sterbehilfe legalisiert und zu einer akzeptierten Option würde? Als Christinnen und Christen sind wir überzeugt, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes eine Würde hat, die auch in Krankheit und im Sterben nicht verloren geht. Der Wert einer Gesellschaft zeigt sich auch darin, wie sie mit Sterbenden umgeht.
- Fragwürdig ist es, wenn die Selbstbestimmung des Menschen absolut gesetzt wird. Dies hieße nämlich im Hinblick auf das Ende des Lebens, dass die Vermeidung von Abhängigkeiten das oberste Ziel wäre. Unsere Menschenwürde liegt – theologisch gesprochen – jedoch nicht in der Fähigkeit, unser Leben selbst zu bestimmen, sondern in unserer Gottes Ebenbildlichkeit. Das heißt: Jeder Mensch behält seine Würde auch im Sterben, einerlei, ob er als Parkinsonpatient oder als Demenzkranker stirbt. ‚Sterben in Würde‘ beginnt nicht erst dann, wenn ein Mensch selbst die Umstände seines Sterbens in die Hand nimmt.
- In Extremsituationen, z.B. dann, wenn das Leben nur noch als Fluch empfunden wird, müssen verantwortliche Gewissensentscheidungen getroffen werden. Gefragt sind neben den Betroffenen vor allem Medizinerinnen, Pflegekräfte, Angehörige, Freundinnen oder Seelsorger. Wer hier Verantwortung übernimmt, trägt Verantwortung in einer sehr schwierigen Situation und kann vielleicht auch schuldig werden.⁸ Die Gewissensentscheidung des Einzelnen ist zu respektieren, aber daraus lassen sich eben keine allgemein gültigen Normen ableiten.
- Menschen können an der Last der Aufgabe, ihr Leben zu bewältigen, scheitern und zerbrechen. Doch gerade, wenn Menschen an der Grenze zum Suizid stehen, ist es nicht die Aufgabe der Kirche, dies moralisch zu bewerten, sondern dazu beizutragen, die Möglichkeiten zum Leben wieder bewusst zu machen und zu erweitern. Ich bin gewiss, dass weder Angehörige, die einen sterbenden Menschen begleiten, noch Kranke, die die Möglichkeit eines Suizids bedenken, aus der Beziehung zu Gott herausfallen. Deshalb haben wir uns in der Evangelischen Kirche im Rheinland bei der vergangenen Landessynode 2014 deutlich dafür ausgesprochen, dass Menschen, die einen Suizid erwägen, selbstverständlich seelsorglich zu begleiten sind.⁹

⁸ Dietrich Bonhoeffer hat in anderen Zusammenhängen von „Schuldübernahme“ gesprochen.

⁹ Niemand nimmt sich gerne das Leben“ - http://www.ekir.de/www/downloads/ekir2014_handreichung_suizid.pdf

3. Langzeitarbeitslosigkeit

In Diskussionen des vergangenen Jahres, in den Gesprächen mit der Politik in den unterschiedlichen Bundesländern haben wir als Evangelische Kirche im Rheinland deutlich gemacht, dass die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit eine vordringliche Aufgabe der Politik ist. Eine humane Gesellschaft kann es sich nicht erlauben, Menschen abzuschreiben. Und sie muss fantasievoller sein als lediglich in größeren zeitlichen Abständen Hartz IV-Sätze¹⁰ in bescheidenem Maße anzupassen. Weil Arbeit mehr als nur Möglichkeit zum Broterwerb ist, sondern auch mit gesellschaftlicher Teilhabe und mit dem Gefühl, wertvoll für die Gesellschaft zu sein, viel zu tun hat, darf niemand, der arbeitsfähig ist, aufgegeben werden.

Für 2015 sind von der Bundespolitik neue Initiativen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit angekündigt worden. Programme zu einer möglichst individuellen Förderung sollen insgesamt 40.000 Menschen zu Gute kommen. Angesichts der über eine Million Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, darunter 400.000, die gleich aus mehreren Gründen mit großen Hindernissen bei der Vermittlung konfrontiert sind, sind dies vergleichsweise bescheidene Lösungsansätze. Ob so eine seriöse Erprobung des sogenannten Passiv-Aktiv-Transfers¹¹ - wie seit Jahren nicht nur von der Diakonie gefordert - erfolgen kann, ist fraglich.

Die Kirchenleitung hat im Herbst 2014 ein Arbeitspapier des Sozialethischen Ausschusses zustimmend zur Kenntnis genommen, das zentrale sozialethische Herausforderungen benennt und für eine weitere Bearbeitung empfiehlt. Darin heißt es unter anderem:

„Unverändert bleibt die Langzeitarbeitslosigkeit ein zentrales Problem. Von dem immer wieder geforderten inklusiven Arbeitsmarkt kann keine Rede sein. Betroffen von dieser Ausgrenzung sind vor allem gering Qualifizierte, Menschen mit Migrationshintergrund und - im zunehmenden Maße - ältere Arbeitnehmer. Der Ausbau von Angeboten zur Integration von Langzeitarbeitslosen in Erwerbsarbeit und von öffentlich geförderter Beschäftigung bleibt eine zentrale Herausforderung einer sozial verantwortlichen Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik.“

4. Flüchtlinge

In besonderer Weise sind wir als Kirche Jesu Christi in der Flüchtlingspolitik und im Umgang mit Flüchtlingen gefordert und herausgefordert. Der Einsatz für schutzbedürftige Menschen gehört zur Identität des christlichen Glaubens. Für viele ist das 21. Jahrhundert bereits jetzt das „Jahrhundert der

¹⁰ Zum 1. Januar 2005 traten Gesetze in Kraft, die unter dem Namen Hartz IV-Reformen in die Geschichte eingegangen sind.

¹¹ Mittels Arbeitslosengeld II könnte sozialversicherungspflichtige Arbeit für arbeitsmarktfremde Menschen bezuschusst werden.

Flüchtlinge“. Weltweit sind mehr als 51 Millionen Menschen auf der Flucht. So viele Vertriebene hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gegeben.

Vor den Toren der Europäischen Union findet ein Flüchtlingsdrama ohne Gleichen statt. Die Situation im Irak, in Syrien, im gesamten Nahen und Mittleren Osten ist dramatisch, wir erleben eine unvorstellbare Brutalität bei den Kämpfern des „Islamischen Staates“, Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht, auch das Christentum droht in einer Weltregion ausgelöscht zu werden, wo es eine Jahrtausende alte Geschichte hat.

Nach Einschätzung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) ist der Bürgerkrieg in Syrien und Irak die größte Flüchtlingskatastrophe seit Jahrzehnten. Allein in Syrien und Irak sind mehr als elf Millionen Menschen auf der Flucht. Die Attacken des „Islamischen Staates“ haben die Flüchtlingsbewegungen noch erheblich verstärkt.

Es sind aber nicht nur die Zahlen, die beunruhigen müssen. Es sind auch die veränderten Fluchtursachen. Immer mehr Menschen fliehen aus fragilen, unfähigen oder gescheiterten Staaten, die sie vor Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen nicht mehr beschützen können oder wollen.

Das aber bedeutet: Die Flüchtlingszahlen werden weiter steigen. Die Mehrheit der Schutzsuchenden wird weiterhin zunächst in Nachbarländer fliehen.

Mehr Flüchtlinge als bisher (wenn auch immer noch eine Minderheit im Vergleich zu den vielen, die in den Nachbarländern eine Bleibe suchen) werden versuchen, nach Europa zu kommen. Auch werden sie aufgrund der desolaten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage in ihren Herkunftsländern vermutlich länger bleiben.

Diese hier nur angedeuteten Entwicklungen stellen die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik vor neue Herausforderungen und machen einen grundsätzlichen Perspektivenwechsel notwendig. Programme zur Bekämpfung der Fluchtursachen und zur Reintegration von Flüchtlingen müssen als langfristige Prozesse und mit dem Ziel einer nachhaltigen Friedenspolitik konzipiert werden.

In Deutschland benötigen wir einen grundsätzlichen Perspektivenwandel im Umgang mit Flüchtlingen. Schon bei der vergangenen Landessynode 2014 haben wir deutlich gemacht, dass wir, um unserer Verantwortung und unserer wirtschaftlichen Kraft gerecht zu werden, mehr Flüchtlinge aufnehmen sollten. Diese Forderung ist nach wie vor aktuell. Bund, Land und Kommunen waren aber auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen schlecht vorbereitet. So führte der Zuzug von mehr als 200.000 Asylbewerberinnen und Asylbewerbern (das sind ein Drittel mehr als im Jahr davor) zu einer Krise der Aufnahme und Unterbringung. Auch wenn dies nicht vergleichbar ist mit den Zahlen Mitte der 1990er Jahre, als mehr als 350.000 bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge bei uns Aufnahme fanden, und auch wenn die Situation bei weitem nicht vergleichbar ist mit der Aufnahmesituation anderer Länder etwa

im Nahen und Mittleren Osten, so sehen wir alle in unseren Regionen der Landeskirche, dass die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge für die Bundesländer, die Kommunen und die gesamte Zivilgesellschaft eine erhebliche Herausforderung darstellt.

Die Krise bei der Unterbringung von Flüchtlingen in unseren Bundesländern hat gezeigt, wie wenig Länder und Kommunen darauf eingestellt waren. Nicht zuletzt die Misshandlungsfälle in Nordrhein-Westfalen haben alle aufgerüttelt und zur Ankündigung eines Paradigmenwechsels in der Flüchtlingspolitik geführt. Wir begrüßen die Ankündigung der Politik – insbesondere in Nordrhein-Westfalen ist das beim Runden Tisch deutlich geworden –, stärker „vom Flüchtling her zu denken“¹², und danken für die Initiativen seitens der Landesregierungen, die seither ergriffen wurden. Wir werden neu durchbuchstabieren müssen, was diese Standards konkret bedeuten: Ein stärker an den Flüchtlingen orientierter Flüchtlingsschutz, ein besserer Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, die Einhaltung von Mindeststandards in der Unterbringung. Auch eine angemessenere finanzielle Verteilung der Kosten zwischen Bund, Land, Kommunen ist notwendig. Als Kirche bieten wir Politik und Verwaltung unsere Mithilfe an. Neben einem neuen Denken bedarf es aber auch einer viel besseren Kommunikation vor Ort, um alle Menschen mitzunehmen und Ängsten vorzubeugen.

Ich möchte ausdrücklich den vielen Menschen unserer Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und diakonischen Einrichtungen für das vielfältige Engagement für Flüchtlinge danken. Flüchtlinge willkommen zu heißen, sie zu begleiten und am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen stellt auch für uns in der evangelischen Kirche eine besondere Herausforderung dar. Vielfach sind Kirchengemeinden die ersten Anlaufstellen, sie laden Flüchtlinge ein, veranstalten Nachbarschaftsfeste mit den Flüchtlingen. Menschen in und aus unseren Gemeinden begleiten Flüchtlinge bei Behördengängen, organisieren Sprachkurse, Möbel und vieles andere mehr.

Sorge bereitet uns die veränderte Praxis des Bundesamtes beim Umgang mit Kirchenasyl. Die gestiegene Zahl der Betroffenen ist ein Hinweis auf die humanitären Defizite des europäischen Asylsystems. Unsere Kirchengemeinden gewähren Menschen Kirchenasyl nach reiflicher Überlegung: „Wenn trotz Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten die Abschiebung eines Flüchtlings bevorsteht, die diesen möglicherweise der Gefahr für Leib und Leben aussetzt, fordert unser Glaube von uns, diesem Menschen beizustehen. Darum verstehen wir im Fall einer solchen Gefährdung das von Kirchengemeinden gewährte Kirchenasyl auch im Sinne der Wahrung internationaler Menschenrechte und des Geistes unserer Verfassung als ein legitimes Mittel, unserem Schutzauftrag als Kirche gerecht zu werden. Kirchen-

¹² In dieser verschiedentlich auch von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung von NRW benutzten Formulierung drückt sich der Paradigmenwechsel der Landesregierung in der Flüchtlingspolitik aus.

gemeinden, die Asyl gewähren, leisten ihren Beistand in der Regel öffentlich und immer gewaltfrei. Sie beanspruchen keinen rechtsfreien Raum.“¹³

Um die engagierte Flüchtlingsarbeit vor Ort fachkundig zu begleiten, um die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Flüchtlingsfrage zu analysieren und die politischen Gespräche zu führen, bedarf es in den Kirchenkreisen, in der Diakonie, in den Evangelischen Büros und im Landeskirchenamt wirksamer Unterstützungsstrukturen. Hier müssen wir zu einem abgestimmten Vorgehen kommen und das bestehende Netzwerk nachhaltig stabilisieren.

5. Islam

Mehr als vier Millionen Muslime leben bei uns in Deutschland. Mit der Herausbildung und Entwicklung fester Strukturen muslimischer Organisationen, mit der Etablierung von muslimischen Einrichtungen ist der gesellschaftspolitische Ort der Muslime in Deutschland aber noch nicht hinreichend gefestigt. Im Prozess des Heimischwerdens der Muslime in der deutschen Gesellschaft sind vielmehr neue Verhältnisbestimmungen notwendig: zwischen den Religionen, zwischen den Menschen, um den gemeinsamen Ort als unterschiedliche Religionen in einer sich wandelnden Gesellschaft zu finden, aber auch, um neue Justierungen im Verhältnis von Staat und Islam vorzunehmen.

In Krefeld fand unter dem Motto „Zukunft im Dialog“ im vergangenen Jahr der erste Tag des christlich-islamischen Dialogs in Nordrhein-Westfalen statt. Es war auch bundesweit der erste Tag dieser Art. Mehr als 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die über 60 Einzelveranstaltungen und kamen miteinander ins Gespräch, etwa auf dem Bazar des Dialogs, auf dem mehr als 30 unterschiedliche Dialoginitiativen aus Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit vorstellten. Auch die umliegenden Moscheen und Kirchengemeinden waren beteiligt.

Wer diesen Tag miterlebt hat, hat gemerkt: Der Dialog und die Begegnung von Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslimen ist nicht nur etwas für Funktionäre und Spezialisten. Nach 50 Jahren Zusammenleben von Christen und Muslimen in unserer Gesellschaft ist der Dialog thematisch vielfältig und von unterschiedlicher Gestalt. Die Begegnung der Menschen kommt in beinahe allen Lebens- und Arbeitsbereichen vor.

Das ist allerdings nur die eine, die positive Seite der Entwicklung der letzten Jahre. Eine differenzierte Wahrnehmung des Islam in unserer Gesellschaft gelingt seltener, der Mut zur Differenzierung muss immer wieder neu eingefordert werden. Globale Krisen, das entfesselte Wüten der Kämpfer des „Islamischen Staates“, die Auswüchse eines islamischen Extremismus, das alles macht ratlos und verstärkt die diffusen Ängste vor „dem Islam“. Die realen Gefahren, etwa durch einen gewaltbereiten Salafismus, gilt es mit allen

¹³ <http://www.ekir.de/www/downloads/2014Kirchenasyl.pdf>

Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen. Bei der Prävention können wir als Kirche gemeinsam mit den muslimischen Organisationen einiges tun. Ich freue mich, dass auch mehr und mehr muslimische Gemeinden in der Öffentlichkeit erkennbar der Frage nachgehen, worin eigentlich ihre Verantwortung besteht, wenn Jugendliche an extremistische Gruppen verloren gehen.

Die diffusen Ängste in der Bevölkerung müssen wir ernst nehmen, indem wir auch für Menschen ansprechbar bleiben, die z. B. verunsichert werden durch sich rasant verändernde Stadtteile, für ihre Unsicherheit, ihre Sorge und auch für die mitunter aufkommenden Fremdheitsgefühle.

Zwei Aspekte sind mir besonders wichtig:

- Christinnen und Christen müssen widersprechen, wenn andere Religionen nicht nach ihrem Selbstverständnis beurteilt, sondern auf Pervertierungen reduziert werden.¹⁴ Der „Islamische Staat“ hat so viel/so wenig mit dem Koran zu tun wie der Dreißigjährige Krieg mit der Bibel.
- Wir haben als evangelische Kirche eine klare Position, die eine angemessene Antwort auf menschenfeindliche Parolen, Ausgrenzung und Hass beinhaltet. Wo die Grenze zur Verunglimpfung und zur gruppen-spezifischen Menschenfeindlichkeit überschritten ist, da ist auch unser deutlicher Einspruch vonseiten der Kirche nötig. Es darf nicht sein, dass Muslime in unserem Land zunehmend Angst haben müssen.

Ich danke deshalb heute insbesondere all jenen, die sich seit vielen Jahren vor Ort in den Gemeinden um ein angstfreies Begegnen von Christinnen und Christen, Musliminnen und Muslimen bemühen.

Der Islam ist ebenso wie der Umgang mit Pluralität/Pluralismus auch eine theologische Herausforderung für unsere Kirche.¹⁵ „Religion“ ist in diesem Jahr zu einem gesellschaftlich negativ besetzten Thema, ja für viele sogar zu einer offenkundigen Bedrohung des Friedens und zu einer Gefahr des gesellschaftlichen Zusammenhalts geworden. Weil in Verbindung mit der Anwendung von Gewalt und der Ausübung von Terror (zum Beispiel durch den „Islamischen Staat“) in den Begründungszusammenhängen oft auch religiöse Bezüge hergestellt werden, sind Religionen auch vielfach grundsätzlich ins Gerede gekommen. In manchen Diskussionsbeiträgen wirkt es so, als sei religiöse Abstinenz die Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in unserer Welt. Diese fundamentalen Anfragen von Religi-

¹⁴ „Wenn der Glaube nach christlichem Verständnis auf diese Weise (Ergänzung Rekowski: allein vom Geist Gottes ausgehend) sich selbst entzogen bleibt, gilt dies auch für andere Formen des Glaubens, denen deshalb mit Achtung und Respekt zu begegnen ist, auch wenn man sie selbst nicht teilen kann.“ (Schweitzer, Bildung, S. 194f).

¹⁵ Gemäß Beschluss der Kirchenleitung werden wir uns in der EKIR in den nächsten Jahren theologisch mit der Pluralität der Religionen und unser Verhältnis zum Islam auseinandersetzen.

on betreffen auch uns Christen. Aufklärung und Sprachfähigkeit in Sachen Glaube und Religion sind nötig. Der Bildungsauftrag unserer Kirche in einer multireligiösen Gesellschaft – dies schließt „Aufklärung durch Religion“¹⁶ und „Aufklärung in der Religion“ ein - geht weit über die im engeren Sinne christlichen Traditionen hinaus. Der Umgang mit einer pluralen religiösen Situation fordert uns auch theologisch heraus.

6. Der Israel-Palästina Konflikt

Der erneute Gaza-Krieg im Sommer, rassistische Übergriffe gegen Palästinenser und arabische Israelis, Mord- und Terroranschläge gegen jüdische Israelis und gegen Betende in einer Synagoge in Jerusalem, unzählige Tote und Verletzte, zwei tief traumatisierte Gesellschaften – viele negative Nachrichten haben uns im vergangenen Jahr aus Israel erreicht. Die Eskalation der Gewalt in Palästina und Israel ist erschütternd. Und der Weg führt scheinbar unaufhaltsam weiter in den Abgrund. Trauer, Verzweiflung, Wut und Angst lähmen. Die Extremisten und Terroristen auf beiden Seiten scheinen den Weg vorgeben zu können.

Zwei unserer ökumenischen Gäste auf dieser Synode haben viel mehr zu sagen über die verzweifelte Lage in Palästina und Israel, als ich: Dr. Deborah Weissman aus Jerusalem und Dr. Yohanna Katanacho aus Nazareth sind bei uns. Beide gehören zu den unermüdlichen Kämpfern für Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen Juden, Muslimen und Christen. Beide haben auch im vergangenen Jahr wieder an einer jüdisch-christlichen Tagung in Jerusalem teilgenommen, die wir als Evangelische Kirche im Rheinland zusammen mit der Evangelisch-lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) und Bischof Younan seit 2012 jedes Jahr organisieren. Solche Gesprächsforen sind wichtiger denn je. Und doch gibt es nur noch erschreckend wenige dieser Art.

Der israelische Autor David Grossman hat im Sommer gewarnt und geschrieben: „Unsere Verzweiflung ist unser Untergang.“¹⁷ Leere, so sagt Grossman, verdrängt angesichts des immer länger andauernden Konflikts „den Geist des Trotzdem und des Mutes. Den Geist der Hoffnung.“ – Das ist wohl die größte Bedrohung für beide Konfliktparteien.

Ich glaube, dass wir als Evangelische Kirche im Rheinland in unserer Verantwortung gerade heute gefordert sind: Wir wissen, dass nicht wir es sind, die den Konflikt lösen werden. Aber wir müssen diejenigen in Israel und in Palästina unterstützen, die sich gegen die Hoffnungslosigkeit stark machen. Projekte der Hoffnung und der Verständigung besser zu vernetzen. Darin liegt auch das Anliegen des neuen Netzwerkes, das wir daher Anfang November mit einer Auftaktveranstaltung in Wuppertal ins Leben gerufen ha-

¹⁶ Vgl. Schweitzer, Bildung, S. 142.

¹⁷ FAZ, 9.7.2014

ben: „Palästina-Israel-Rheinland (PIR) Netzwerk“ heißt es. Es geht darum, die zahlreichen Initiativen und Gruppen, in denen sich auch Menschen im Rheinland für Israel und für Palästina engagieren, miteinander ins Gespräch zu bringen. Denn die Konflikte in Israel lassen die unterschiedlichen Unterstützerguppen bei uns nicht unberührt. Mein Eindruck ist, dass das in einem ersten Schritt gelungen ist und wir jedenfalls in unseren Strukturen im Rheinland auf einem konstruktiven Weg sind.

7. Antisemitismus in Deutschland

Im vergangenen Sommer haben wir aber nicht nur erschreckende Bilder aus Israel und Palästina gesehen, wir haben gleichzeitig die schlimmsten antisemitischen Slogans auf deutschen Straßen seit der Nazizeit gehört. Auch bei uns im Rheinland wurden wieder antisemitische Parolen bei Demonstrationen gebrüllt. In Wuppertal wurde ein Brandanschlag auf die Synagoge verübt.¹⁸ Jüdische Menschen und Demonstranten mit Israel-Fahnen wurden angegriffen. Und dabei lieferte der Gaza-Krieg offenbar einigen einen willkommenen Anlass, ihre antisemitischen Haltungen in Form von Israelfeindschaft öffentlich auszuleben.

Wir dürfen es uns als Kirche dabei nicht zu einfach machen, indem wir mit dem Finger nur auf unsere muslimischen Mitbürger zeigen. Wir müssen stattdessen weiter konsequent aufarbeiten, was gerade auch die Kirche zu allen Zeiten zur Judenfeindschaft beigetragen hat. Antisemitismus ist menschenverachtend. Antisemitismus ist „Sünde gegen den Heiligen Geist“ (Karl Barth) und wird immer auf unseren schärfsten Widerstand treffen. Das ist mir eine wichtige Botschaft der Solidarität, gerade auch an die durch die jüngsten Erfahrungen tief verunsicherten jüdischen Gemeinden bei uns.

Ich schließe diesen Punkt (Kirche für die Welt) mit einigen „Querschnittsgedanken“ ab:

- Von friedensethischen Herausforderungen über Fragen der Sterbehilfe bis hin zu einer klaren Positionierung gegen jede Form von Antisemitismus: Wir sind als Kirche immer wieder dazu aufgerufen, Position zu beziehen, uns in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Es gibt viele Stimmen und Interessen in der Gesellschaft, die der Kirche ist eine unter ihnen. Wir suchen einen kritischen Dialog gerade auch mit den anderen Positionen. Die offene Situation ist für uns Ansporn, unsere Positionen mit Sachverstand und Kompetenz in einen offenen Dialog mit ganz anderen Positionen ins Gespräch zu bringen. Kirche will auf den Raum der ganzen Gesellschaft ausstrahlen, auch wenn sie ein kleiner werdender Teil in ihr ist. Deshalb wird die Beteiligung der Kirche am Diskurs über

¹⁸ Gemeinsam mit Präses Annette Kurschus habe ich wenig später an einem Synagogengottesdienst in der Bergischen Synagoge in Wuppertal teilgenommen.

gesellschaftlich relevante Fragen immer auch „konfessorische“ Elemente enthalten, sie muss zugleich aber stets „diskursiv“ sein. Kirche kann sich in der Zukunft nur dann im gesellschaftlichen Diskurs bewähren, wenn sie sich nicht nur an Gleichgesinnte wendet, sondern auch die Auseinandersetzung mit den Andersdenkenden sucht. Sie gibt so als „Kirche für die Welt“ vor der ganzen Gesellschaft Rechenschaft ab von der Hoffnung, die in ihr ist (1. Petrus 3) auch in einem kleiner werdenden Raum.

- Ich halte es für nötig, dass wir uns ebenenübergreifend um ein gesamt-kirchliches Themenmanagement bemühen. Öffentliche Beachtung werden wir eher finden, wenn die uns wichtigen Themen zwar durchaus in unterschiedlicher, aber zugleich auch in abgestimmter Weise in Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und auf landeskirchlicher Ebene vorkommen.
- Die Jahreslosung für 2015 ist ein wichtiger Impuls für das, was Christinnen und Christen in das Zusammenleben einer Gesellschaft einbringen: „Auch wenn die Jahreslosung ein Satz des Glaubens für die Gemeinde ist, gibt sie die Richtung an, wie Christen sich verhalten gegenüber Menschen anderen Glaubens oder anderer politisch-ethischer Einstellungen. An der Gemeinde soll zu beobachten sein, dass Gott ein „Herzlich willkommen“ zu jedem Menschen spricht.“¹⁹ Die Jahreslosung 2015 bietet sich auch mit diesem Akzent als echtes Jahresthema für unsere Kirche an.

C. Kirche Gottes in unserer Zeit

1. Ökumene

In der Vorbereitung des Reformationsjubiläums wurde im vergangenen Jahr mitunter im ökumenischen Gespräch über alternative Deutungen des Geschehens diskutiert: Gedenken oder Jubiläum, Spaltung oder Freiheit, Einheit oder Trennung. Dabei gab es zwischen evangelischen und römisch-katholischen Vertreterinnen und Vertretern eine klare Rollenverteilung, wer welchen Aspekt betonte. Ich glaube, dass uns die gegenseitige Herausstellung der unterschiedlichen Positionen nicht weiter hilft und zu Vereinfachungen führt, die unserer einen Kirche in ihren verschiedenen Traditionen nicht gerecht wird: Als stünde die römisch-katholische Kirche für die Einheit und die evangelische Kirche für die Vielfalt.

¹⁹ Burkhard Weber (Hg.), Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob. Die Jahreslosung 2015. Ein Arbeitsbuch mit Auslegungen und Impulsen für die Praxis.

Denn halten wir fest: Natürlich ist nicht durch Martin Luther die Einheit der einen Kirche zerstört worden. Kirchentrennungen gab es davor²⁰ und danach. In unserer direkten Nachbarschaft sind heute koptische, äthiopische, armenische und syrische Gemeinden, die zu Kirchen gehören, die seit der Alten Kirche einen eigenen Weg gehen. Und mit den Orthodoxen sind wir uns einig, dass wir das Verständnis vom Amt der Einheit, wie es die römisch-katholische Kirche im Papstamt verwirklicht sieht, nicht teilen. Papst Johannes Paul II. selbst hat, weitsichtig und ökumenisch offen, in seiner Enzyklika „Ut unum sint“ von 1995 den Dialog über die „Form der Primatsausübung“ angeboten, weil er spürte, dass die Frage der Einheit offenbleiben muss.

Und umgekehrt steht die evangelische Kirche nicht einfach nur für unübersichtliche Vielfalt. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Bedeutung dessen, was in Barmen 1934, in den Arnoldshainer Thesen²¹ 1957 und in der Leuenberger Konkordie²² 1973 passiert ist, in seiner ganzen Tiefe erst noch zu erfassen ist. Dass Kirchen, die 450 Jahre lang getrennt waren²³, diese Trennung durch theologische Arbeit überwinden konnten, hat unsere Generation tief geprägt. Wir können heute von der Einheit in versöhnter Verschiedenheit sprechen. Mit der Leuenberger Konkordie ist dieser Prozess des Zusammenwachsens noch nicht abgeschlossen. Gerade das Miteinander fordert evangelische Kirchen zu weiteren Lehrgesprächen heraus: So hat die Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa 2012 in Florenz eine Studie zur Kirchengemeinschaft in Auftrag gegeben, um genau diese Frage theologisch zu vertiefen.

Wenn der Päpstliche Rat für die Einheit der Christen und der Lutherische Weltbund gemeinsam ihrer Studie im Vorfeld des Reformationsjubiläums den Titel „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“ geben, dann zeigt das genau die Dynamik auf, die ich mir in unserem Nachdenken über das Reformationsgeschehen wünsche. Dann werden evangelische Christinnen und Christen durchaus auch den Schmerz der Trennung wahrnehmen können und katholische Geschwister die Freude an der Wiederentdeckung des Evangeliums. Eine einfache und schlicht geratene Rollenverteilung, wer für was steht, ist dann nicht möglich.

Die Auseinandersetzung mit der Barmer Theologischen Erklärung, die im vergangenen Jahr 80 Jahre alt wurde, hat mich nachdenklich gemacht. Be-

²⁰ In diesem Jahr gedenken wir des 600. Todestages von Jan Hus auf dem Konstanzer Konzil im Jahr 1415. Das Konzil beendete das mittelalterliche Kirchenschisma und stellte die kirchliche Einheit wieder her - aber um welchen Preis!

²¹ http://www.uek-online.de/downloads/Arnoldshainer_Abendmahlsthesen_1957_1962.pdf

²² http://www.ekd.de/glauben/bekanntnisse/leuenberger_konkordie.html

²³ In diesem Zusammenhang muss auch an den Vereinigungsprozess von 1817 erinnert werden, als in Preußen auf Initiative von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen aus lutherischen und reformierten Gemeinden die Evangelische Kirche in Preußen, später Evangelische Kirche der altpreußischen Union, gebildet wurde.

denken wir: Erst die Bedrohung durch die nationalsozialistische Diktatur hat die Menschen aus reformierter, lutherischer und unierter Tradition in Barmen zusammen geführt: Der Heilige Geist hat uns „zusammengeprügelt“, wie es ein Augenzeuge²⁴ der Barmer Bekenntnissynode von 1934 formulierte. Wenn im Jahr 1957 in den Arnoldshainer Thesen die Abendmahlsgemeinschaft theologisch begründet wird, dann ist das – auch – erwachsen aus der Erfahrung von Unterdrückung und Krieg. Ob uns der Preis, der für die wiedergewonnene Einheit im Protestantismus bezahlt wurde, immer so deutlich vor Augen steht?

Ich bin sehr dankbar für alle Schritte hin zu einer intensiveren Kirchengemeinschaft. Ich erfahre aus vielen Gemeinden, wie intensiv die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden unterschiedlicher Konfessionen ist. Davon können wir nur lernen. In ökumenischen Gesprächen kam der Vorschlag auf, bei der Entwidmung von Kirchen und Gemeindehäusern miteinander ins Gespräch zu kommen, damit sich nicht beide Kirchen gleichzeitig und ohne Absprache aus einem Stadtteil zurückziehen. Ich möchte nicht unbedingt wie der Augenzeuge aus Barmen sagen, dass uns der Heilige Geist zusammenprügelt. Aber ich sehe eine wichtige Aufgabe darin, die Herausforderungen in unserer Kirche als ökumenische Chance wahrzunehmen. Nicht von ungefähr haben viele Gemeinden Partnerschaftsverträge miteinander abgeschlossen, um auch in sich verändernden Strukturen verbindliche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Vielleicht ist es 2017 an der Zeit, dass Landeskirche und Bistümer von den Gemeinden an der Basis lernen und ebenfalls eine verbindliche Partnerschaftvereinbarung eingehen.

An dieser Stelle möchte ich gerne eine katholische Stimme zu Wort kommen lassen: Weihbischof Dr. Helmut Dieser hat im Ökumenischen Gottesdienst zum 50-jährigen Jubiläum des Ökumenismusdekrets *Unitatis Redintegratio* am Buß- und Betttag 2014 im Trierer Dom die Predigt gehalten. Nach meiner Wahrnehmung ist ihm dabei eine ökumenische Zeitansage gelungen, wenn er im Blick auf den Eintritt der katholischen Kirche in die ökumenische Bewegung formuliert: „Etwas von dem, was die Reformatoren im 16. Jahrhundert als Kriterium der Erneuerung der Kirche schlechthin benannt haben, ereignet sich darin: Das Wort des Herrn, das in der Heiligen Schrift geistlich enthalten ist, setzt sich durch in der Geisteshaltung der Christen, denn sie fangen ernsthaft wieder an danach zu streben, eins zu sein. Die Ökumene ist ein geistlicher Durchbruch, eine geistliche Bestätigung des Anliegens der Reformatoren, die ja die ganze Kirche aus dem Ursinn des Evangeliums heraus erneuern wollten.“²⁵ Und er fügt dann hinzu (S. 4): „Nur eine Kirche, in der keine Vorbehalte der Konfessionen gegen das Kirchesein der anderen mehr wirksam sind, kann dieses Evangelium in der Welt glaubhaft machen. Denn wir verkünden dasselbe Evangelium! Darum können wir es uns vor der

²⁴ Pfarrer Graeber aus Essen

²⁵ S. 2 des Predigtmanuskripts.

Welt nicht leisten, dass wir gegeneinander oder ohne einander wahrhaftig Kirche sein wollen.“

Die Teilnahme von Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki am Reformati-
onsgottesdienst in der Trinitatiskirche in Köln am 31.10.2014 und die für
mich deutlich wahrnehmbare Grundausrichtung seiner bisherigen Amtsfüh-
rung verstehe ich in diesem Sinne. Das stimmt mich ebenso hoffnungsvoll
wie Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den anderen Bistümern. Unsere
Gesellschaft braucht Christinnen und Christen, braucht Kirchen, die „der
Welt mit dem Zeugnis von Jesus Christus und von ihrer Versöhnung mit Gott
durch ihn dienen“ - klar und gemeinsam.

2. Diakonie

Auf der Ebene der landeskirchlichen Diakonie stehen wir vor großen finan-
ziellen und strukturellen Herausforderungen. Die gewollte inhaltlich bewährte
Zusammenarbeit mit den diakonischen Werken von Westfalen und Lippe im
Verein Rheinland-Westfalen-Lippe (RWL) bedarf einer Weiterentwicklung,
die zu einer deutlichen Steigerung der Handlungsfähigkeit führen muss
(„Steuern aus einer Hand“²⁶). Ich bin sehr sicher, dass wir gemeinsam mit
unseren Partnern in Kirche und Diakonie einen Vorschlag erarbeiten wer-
den, der tragfähige Lösungen ermöglicht. Dieser Vorschlag wird im nächsten
Jahr auch die Synode beschäftigen müssen, aber er sollte ganz sicher auch
bereits vorher breit diskutiert werden. Hinzu kommt, dass bereits jetzt schon
stattfindende Veränderungsprozesse innerhalb der Diakonie mit den Be-
zugspersonen in der verfassten Kirche zu kommunizieren sind.

Die Diskussion um die Diakonie RWL hat eine Fülle von grundsätzlichen
Fragen über das Verhältnis von Kirche und Diakonie im Allgemeinen und
zwischen verfasst kirchlicher Diakonie und unternehmerischer Diakonie im
Besonderen ausgelöst bzw. verstärkt. In der Weite des Rheinlandes - ich
nenne exemplarisch die Kirchenkreise Moers, Niederberg und Wuppertal -
organisiert und strukturiert sich diakonische Arbeit in sehr vielfältiger Weise.
Ich finde, das ist kein Makel, sondern Kennzeichen dafür, dass Diakonie als
Lebensäußerung von Kirche in der Welt wirkt und dies dabei z. T. auch jen-
seits verfasst kirchlicher Organisationsformen tut. Diakonie ist ein starkes
Stück Kirche. Selbstverständlich ist Diakonie viel mehr als die diakonische
Arbeit, die eine Kirchengemeinde oder ein Kirchenkreis selbst finanziert und
trägt. Das, was Kirchengemeinden aufgrund ihrer Nähe zu den Menschen
und ihrer Verankerung in den Quartieren können, macht sie zu wichtigen
Mitspielern und Kooperationspartnern für ein großes und vielfältiges diakoni-
sches Netzwerk. Und jenseits der unternehmerischen Diakonie, die mit der

²⁶ So beschreibt die Diakonie RWL die Erfordernisse für eine strukturelle Umgestaltung
ihrer Organisation.

erforderlichen und gebotenen Professionalität arbeiten muss, entsteht vor Ort vielfach eine „Graswurzel-Diakonie“, die aufgrund der oben beschriebenen Möglichkeiten große Chancen hat, den Menschen wirksam zu dienen.

3. Pfarrdienst und Personalplanung

Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung unterstreicht die besondere Rolle des Pfarrdienstes für die Kirche. Pfarrerrinnen und Pfarrer werden in ihrer Arbeit weit in die nichtkirchliche Öffentlichkeit hinein gesehen. Gerade bei den sogenannten Amtshandlungen und anderen ‚öffentlichen Auftritten‘ dienen sie der Welt mit dem Zeugnis von Jesus Christus und der mit Gott versöhnten Welt. So prägen sie das Bild unserer Kirche und sie prägen die Zugehörigkeit und Treue vieler Kirchenmitglieder zur Kirche.²⁷ Mit „Zeit für das Wesentliche – Perspektiven auf den Pfarrberuf“ und der „Pfarrstellenplanung 2030“ haben wir für die Zukunft des Pfarrdienstes wichtige Prozesse in unserer Kirche in Gang gebracht. Diese Landessynode wird dazu weiter beraten und beschließen.

Flankierend hat die Kirchenleitung im vergangenen Jahr sehr intensiv das Gespräch mit Theologiestudierenden, Vikarinnen und Vikaren, Pfarrerrinnen und Pfarrern sowie der Pfarrvertretung gesucht. In solchen Begegnungen wird sehr viel an Verunsicherung deutlich.

Wie wird sich der Pfarrdienst in die Zukunft hinein weiterentwickeln? Wie kommen wir aus den Überfrachtungen in den Erwartungen heraus? Wie gestalten wir die nötigen Veränderungsprozesse? Wie bringen wir Wertschätzung gegenüber dem Besonderen des Pfarrdienstes zum Ausdruck ohne dabei gleich gegenüber anderen Berufsgruppen unter Rechtfertigungsdruck zu geraten? Vor solchen Fragen stehen wir in diesem Jahr in den Kirchenkreisen durch die Umsetzung des von der Landessynode 2012 beschlossenen Personalplanungsgesetzes²⁸, wonach die Kreissynoden bis Ende 2015 ein Rahmenkonzept für die gemeinsame Personalplanung zu beschließen haben. Das angestrebte Ziel der Vielfalt kirchlicher Berufe wird dabei jedoch nur abbildbar sein in Abhängigkeit von zwei Faktoren: von der Entwicklung der Pfarrstellenkosten und Umlagen sowie vom Umbau vor Ort, etwa in der Reduktion von Gebäudekosten. Aber auch die finanziell immer weiter divergierende Finanzausstattung in den unterschiedlichen Regionen unserer Landeskirche wird ein Thema werden müssen. Kirchenleitung und Finanz-

²⁷ Präses Annette Kurschus: „Sollten wir uns darauf verständigen können – und ich würde dies ausdrücklich befürworten –, dass Pfarrerrinnen und Pfarrer ihre vornehmste Rolle in der theologisch profilierten öffentlichen Repräsentanz von Kirche vor Ort haben, wäre damit ein hilfreicher Akzent für die Gewichtung, Verteilung und Eingrenzung weiterer Aufgaben gesetzt. Und dies, ohne kasuistisch festzuschreiben, was ein Pfarrer und eine Pfarrerrin künftig zu tun hat und lassen soll oder darf.“ (Mündlicher Bericht, S. 12)

²⁸ Beschluss 32, LS 2012

ausschuss haben dazu bereits einen Arbeitsauftrag beschlossen mit dem Ziel, eine Überprüfung des Finanzausgleichs vorzunehmen.

Doch was nützen Rahmenkonzeptionen, wenn sie nicht mit kompetenten Personen verbunden sind, die sie in die Praxis einer lebendigen Kirche überführen? Dies gilt für alle kirchlichen Berufe, insbesondere aber auch für den Pfarrberuf. Es wird deutlich, dass wir wie alle Gliedkirchen der EKD vor großen Herausforderungen stehen, die ich jetzt nur beispielhaft anreißen kann. Welche Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen sollen die Theologenausbildung und das Pfarramt in Zukunft verstärkt prägen?

Da können einige Vertreterinnen und Vertreter der jungen Generation der Theologinnen und Theologen sich gut vorstellen, Leistungskriterien für das Pfarramt einzuführen und wünschen sich, dass „Aufstiegschancen und Karrierewege“ differenzierter gestaltet werden. Uns begegnen aber auch immer wieder Anfragen von jungen Theologinnen und Theologen, die die Umbruchsituation unserer Kirche herausfordernd und reizvoll finden. Sie wollen Kirche gestalten. Wir müssen ihnen mehr bieten als eine Empfehlung, den Gang durch die Institutionen anzutreten. Nicht wenige wollen wie die Pfarrfrauen und Pfarrer, die sie erlebten und prägten, werden. Auch bei deutlich geringeren Zahlen ist eine erstaunliche Breite des Spektrums der Ansichten, die ins Gespräch gebracht werden, erkennbar.

Das Thema der Dienstwohnungen und Pfarrhäuser hat uns in den vergangenen Jahren eher unter fiskalischen und finanziellen Gesichtspunkten sehr intensiv beschäftigt und ist auch noch nicht zum Abschluss gebracht. Eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Zukunftsperspektiven des Pfarrhauses steht noch aus, wobei die vorgebrachten Vorstellungen eine große Bandbreite abbilden.

Antworten auf diese und viele weitere Fragen rund um den Pfarrdienst müssen wir mit Blick auf die im Dienst befindlichen Pfarrfrauen und Pfarrer, aber auch zur Gewinnung von Theologiestudentinnen und -studenten finden.

4. „Gedenktage“ erinnern an Verantwortung und Gestaltungsaufgaben

a) 75. Todestag von Paul Schneider

Das Gedenken an den am 18. Juli 1939 im KZ Buchenwald ermordeten Pfarrer Paul Schneider ist in unserer Kirche inzwischen eine gute Tradition. Dies wurde auch am 21.7.2014 in Dickenschied während einer Gedenkfeier anlässlich seines 75-jährigen Todestages in beeindruckender Weise öffentlich deutlich. Gestatten Sie mir einen Aspekt aufzugreifen: Es gab damals unübersehbar eine Kollaboration zwischen Konsistorium und Gestapo. In einem Schriftsatz des Konsistoriums an Paul Schneider vom 15. Juli 1939 heißt es: „Seit längerer Zeit schon sind wir von Seiten der Partei und der Staatspolizei wiederholt und nachdrücklichst auf Ihr staatsfeindliches Verhal-

ten hingewiesen worden [...] Eine solche zutreffende Beurteilung Ihrer ablehnenden Stellung zum Dritten Reich findet durch die Tatsache Ihres seit November 1937 ununterbrochenen andauernden Aufenthalts im Konzentrationslager eine weitere Bestätigung. Wenn auch nicht einmal die Aussicht besteht, dass Sie in absehbarer Zeit aus dem Konzentrationslager entlassen werden können, so sehen wir uns vor die unabweisbare Notwendigkeit gestellt, auf Grund der Verordnung über die Versetzung von Geistlichen aus dienstlichen Gründen [...] gegen Sie zwecks Versetzung in den Wartestand vorzugehen“.²⁹

Die Frage, „ob es vor Gott gerecht ist, dass wir euch mehr gehorchen als Gott“³⁰, wurde offenkundig nicht gestellt. Das Konsistorium tat, was der Staat von ihm erwartete. Paul Schneider, Bruder Schneider, tat das nicht. Mir stockt der Atem, wenn ich höre, dass der „seit November 1937 ununterbrochen(en) andauernde(n) Aufenthalt(s) im Konzentrationslager“ als Begründung für die Versetzung herhalten musste.³¹

Wenn man wahrnimmt, wie kirchenleitendes Handeln in der damaligen Zeit erfolgte, dann wird deutlich, dass Verantwortung nicht verjährt. Wir werden das in diesem Jahr, in dem sich am 8. Mai der 70. Jahrestag des Kriegsendes jährt, vermutlich vielfach so erfahren.

b) Rechtliche Gleichstellung von Frauen im Pfarramt

Es ist erst 40 Jahre her, dass die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Pfarramt beschloss. Daran erinnert eine Ausstellung, die Sie im Foyer sehen können: „Frauen und Männer sagen die Frohe Botschaft von Jesus Christus weiter – das ist der Anfang und die Basis des Christentums. Im Verlauf der Kirchengeschichte blieben geistliche Ämter und Machtpositionen jedoch Männern vorbehalten. Nach der Öffnung der Universitäten für Frauen Anfang des 20. Jahrhunderts stellten voll ausgebildete Theologinnen das rein männliche Pfarrbild in Frage. Nur gegen große Widerstände der Amtskirche übernahmen Frauen schließlich einige pfarramtliche Tätigkeiten, zunächst auf Frauen und Kinder als Zielgruppe beschränkt und nur mit einer abgestuften Ordination, lange unter der Bedingung des Verzichts auf Ehe und Familie – ein evangelisches Zölibat, das bis in die 1970er Jahre galt. In Zeiten des Pfarrermangels durften sogenannte Vikarinnen³², später Pastorinnen,

²⁹ Simone Rauthe, Scharfe Gegner, S. 354.

³⁰ Apostelgeschichte 4,19

³¹ Mit Paul Schneiders Tod konnte die Gestapo „die mit der Person von Paul Schneiders zusammenhängenden kirchenpolitischen Schwierigkeiten in der Hauptsache“ für erledigt erklären.

³² Frieda Schindelin (2.4.1895 – 13.3.1998), eine über Jahrzehnte hinweg in den unterschiedlichsten Bereichen pastoral tätige Theologin, erhält erst 1964, vier Jahre nach ihrer Pensionierung, den Titel Pastorin zugestanden. Zuvor war sie fast 30 Jahre „Vi-

als Notlösung in den Gemeinden Dienst tun. Seit 1975 sind in der Evangelischen Kirche im Rheinland Frauen und Männer im Pfarramt rechtlich gleichgestellt.“ Manches wurde in den vergangenen 40 Jahren erreicht – einiges ist offen. Dazu gehört insbesondere die Übernahme von Leitungsämtern durch Frauen.³³

c) 35 Jahre Rheinischer Synodalbeschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden

Es ist auf dieser Synode, auch das möchte ich hier nicht unerwähnt lassen, nun genau 35 Jahre her, dass wir uns als rheinische Kirche unumkehrbar auf den Weg der Erneuerung unseres Verhältnisses zum Judentum gemacht haben. Präses Immer sagte damals bei der Einführung der Beschlussvorlage vor der Synode, dass es dabei um einen „Lernprozess“ geht, durch den wir auf notwendige theologische Fragen und auf neue Entdeckungen im biblischen Text gestoßen werden. Auf diesem Weg bleiben wir weiter fröhlich und neugierig unterwegs. Es sind – trotz allem schon Erreichten – eben doch erst 35 Jahre der Erneuerung und des Lernens vom Judentum gegenüber einer fast zweitausendjährigen theologischen und kirchlichen Tradition der Bevormundung und Bekämpfung.

5. Innerkirchliche Herausforderungen

Das presbyterial-synodale System, das Partizipation erfordert und fördert, hat sich im letzten Jahr in einer schwierigen Gesamtsituation bewährt. Ich mache dies ausdrücklich auch am Prozess der Haushaltskonsolidierung fest. Dieser Synode liegt nun eine Beschlussvorlage vor, die zwar zu erheblichen Veränderungen führen wird und deren Auswirkungen von den betroffenen Mitarbeitenden ebenso wie von den Nutzerinnen und Nutzern unserer Angebote gespürt werden. Aber im Ergebnis wird unsere Kirche dadurch nicht zu einem Trümmerhaufen, sondern sie wird so verändert, dass sie unter veränderten Rahmenbedingungen leben und arbeiten kann. Dies ist nicht zuletzt durch die Gestaltung der Informationspolitik und durch vielfältige Kommunikation³⁴ gelungen. Denn dadurch wurde in diesem Beratungspro-

karin“. Elf Jahre später darf sie sich Pfarrerin nennen (aus: „Frieda Schindelin. Spurensicherung für eine leise Pionierin“ von Karin Vorländer).

³³ Präses Kurschus im mündlichen Bericht vor der LS der EKvW (S. 12f): „Wir brauchen weiterhin ein feines Gespür und einen nüchternen Blick dafür, was Frauen in der Kirche bis heute schwächt und benachteiligt. Wir müssen beharrlich weiter daran arbeiten, auch in Zukunft die Leitungsämter unserer Kirche für Frauen attraktiv zu machen. Hier gilt es klare Akzente zu setzen, die zum Beispiel die Vereinbarkeit von Führungspositionen und Familie stärker im Blick haben. Kirche kann und sollte sich hier mit klaren Voten in den gesellschaftlichen Diskurs über neue Frauen- und Männerrollen sowie Frauen in Leitungsverantwortung einbringen.“

³⁴ Dabei hat sich das Format „Kirchenleitung im Gespräch“ sehr bewährt. Ob dieses Veranstaltungsformat in den nächsten Jahren auch für andere Themen geeignet wä-

zess manche Idee und mancher Vorschlag korrigiert und weiter entwickelt. Dies wird sich sicher auch (im Beratungsverfahren des laufenden Jahres) fortsetzen. Hier erweist sich die Stärke und die Handlungsfähigkeit unserer kirchlichen Entscheidungsstrukturen.

Dass es aber auch gelingt, Themen von grundlegender Bedeutung, Zukunftsfragen, aufzugreifen, stellt die Vitalität unserer Ordnung unter Beweis. Themen wie (neue) Gemeindeformen, ungleiche wirtschaftliche Situation von Kirchenkreisen und Regionen, Umgang mit Versorgungslasten seien exemplarisch genannt. Auch wenn die Einführung des Neuen Kirchlichen Finanzwesens (NKF) mühsam war und ist, und auch wenn der Preis, den wir zahlen, hoch ist, so wird auch hier zielgerichtet daran gearbeitet, um dieses System so weiterzuentwickeln, damit es uns die Informationen bietet, die wir für unser Leitungshandeln brauchen³⁵.

Wir brauchen die Einsicht, dass die unterschiedlichen Ebenen unserer Kirche sehr viel verbindet und wir einander in der Regel wenig voraushaben: „An Ratlosigkeit, Unklarheit und Ungewissheit haben wir alle Anteil – sei es auf der Ebene der Gemeinden, sei es auf der Ebene des Kirchenkreises“³⁶ oder der Landeskirche. Dies sollte unter uns die Einsicht fördern, „dass wir uns voreinander und übereinander nichts vormachen müssen, ...“³⁷. Aus meiner Sicht sind eine bisweilen zu beobachtende fehlende Einsicht in gesamtkirchliche Erfordernisse und eine verschiedentlich gepflegte Distanzierung sogar gegenüber Synodalentscheidungen trotz eigener Beteiligung und Mitwirkung heikel. Ausgesprochen schwierig ist sicher auch, dass bezogen auf die Entscheidungshoheit häufig das presbyteriale Element betont wird, bezogen auf die Konsequenzen und Verantwortlichkeiten dann aber gerne das synodale Element bevorzugt wird.

Wir werden in der zweiten Jahreshälfte mit den Vorbereitungen zur Presbyteriumswahl beginnen. Die Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten ist dabei wohl die größte Herausforderung. Die Aufgaben, die auf allen Ebenen unserer Kirche zu erledigen sind, sind fraglos groß und sie müssen benannt werden: „Abschiedsprozesse und Trauer betreffen Presbyterinnen und Presbyter selbst – und zugleich müssen sie den notwendigen Verzicht auf ein Kirchgebäude, auf Räumlichkeiten, auf Personal, auf die gewohnten Angebote und Orte gegenüber der Gemeinde vertreten und dafür mit viel Kraft inneren Abstand von dem eigenen Trauerprozess nehmen.“³⁸

re, ist sicher auch im Zusammenhang eines gesamtkirchlichen Themenmanagements zu überlegen.

³⁵ Eine grundsätzlich positive Würdigung der Doppik findet sich in „Ein Euro für eine Kirche“ in: Chrismon plus Rheinland, rheinland kompakt, S. 6.

³⁶ Bericht der Superintendentin Ilka Federschmidt vor der Tagung der Kreissynode Wuppertal im November 2014 (S. 3).

³⁷ Ebd. S. 4.

³⁸ Ebd. S. 3.

Ich frage mich, was wir in der Außendarstellung unserer Kirche betonen. Bisweilen wirkt es so, als suchten wir Menschen (ehrenamtlich oder auch beruflich Mitarbeitende), deren Aufgabe es sei, auf einem sinkenden Schiff Stühle zu rücken oder die Tischdekoration zu optimieren. Ohne Bild gesprochen: Es wirkt häufig so, als sei unsere Kirche ein Ort, an dem deprimierende Schrumpfungsprozesse alles bestimmten. Unsere Kirche ist aber der Ort „der Raum in der Welt, an der die Herrschaft Jesu Christi über die ganze Welt bezeugt und verkündigt wird.“ Das ist das Vorzeichen unseres Tuns.

D. Reformatorische Einsichten

Die Platzanweisung, die Dietrich Bonhoeffer für unsere Kirche formuliert hat und auf die ich zu Beginn meines Berichtes eingegangen bin, beschreibt in groben Zügen, vor welchen grundlegenden Weichenstellungen wir als Kirche unabhängig vom Prozess der Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren stehen. Wenn wir der Welt dienen wollen, wenn wir „Kirche Gottes und der Welt“ sein wollen, müssen wir uns als eine veränderungsfähige Kirche erweisen. Wir müssen unseren Auftrag als Kirche – „Hilf den Menschen, im Glauben dankbar zu leben und getröstet zu sterben“³⁹ – unter sich rasch ändernden gesellschaftlichen Verhältnissen – die V. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD gibt dazu viele weiterführende Hinweise – jeweils situationsgerecht und kontextgemäß erfüllen. Das heißt: Wir müssen uns auf die Menschen in ihrer jeweiligen Situation einlassen und unsere Arbeit – besser: unser kirchliches Leben – entsprechend ausrichten.⁴⁰ Kontinuität in den (Arbeits-)Formen und Strukturen wird dabei vermutlich eher seltener.

Wir werden auch künftig an der Gestalt unserer Kirche arbeiten müssen. Dies liegt nicht nur daran, dass die Gesellschaft sich in einem ständigen Veränderungsprozess befindet. Es ist eine zentrale reformatorische Einsicht, dass die Kirche sich auch gerade deshalb immer wieder erneuern muss, damit sie ihrer zentralen Aufgabe nachkommen kann: Das Evangelium in der Welt zu verkünden. Kirche ist und bleibt nur dann Kirche, wenn sie sich immer wieder verändern lässt.

„Vieles an der alten Gestalt der Kirche wird sterben. Selbst wenn wir Neues erwarten, sind der Abschied und das Sterben schwer. Vielleicht verlieren wir, um zu gewinnen. Aber zunächst verlieren wir, und man kann uns die Trauer über den Verlust nicht verbieten. Die Trauer macht uns bewusst, was wir hatten und was wir brauchen. Trauer braucht Zeit. Selbst unsere Ratlosigkeit braucht ihre Zeit, Unklarheit und Ungewissheit brauchen Zeit. Wir brauchen

³⁹ Dieses Zitat aus dem Ordinationsvorhalt beschreibt sehr gut den Auftrag der Kirche, zumal dann, wenn man mit „im Glauben dankbar zu leben“ immer auch Weltverantwortung verbindet.

⁴⁰ Ein Beitrag dazu ist „glaubensreich“, eine Zukunftsinitiative der Evangelischen Kirche im Rheinland (<http://glaubensreich.ekir.de/>).

einen geistlichen Umgang mit dieser Situation, nicht nur einen pragmatischen.“⁴¹

Das ist das Motiv für Veränderungen und nicht, wie verschiedentlich behauptet wird, blinder Reformeifer, der Synoden und Kirchenämter regelmäßig infiziert, um so flächendeckende Heimsuchungen in unserer Kirche auszulösen, die schließlich verhindern, dass vor Ort gute Arbeit geleistet wird.

Die im Rahmen des Leitungshandelns unserer Kirche kontinuierlich zu führenden Diskussionen um solche grundlegenden Weichenstellungen berührt automatisch auch die Frage nach der strategischen Ausrichtung unserer Kirche. Der Ständige Theologische Ausschuss spricht von der „aktuelle(n) Auslegung der Grundaufgaben“ von Kirche. Damit ist nach meinem Verständnis auch beschrieben, worum es bei einer strategischen Ausrichtung unserer Kirche letztlich gehen muss.

Wir sind eine Kirche, die mit Gottes Wirken in der Welt rechnet. Wir brauchen wenig Raum. Aber wir brauchen Menschen. Der Glaube jedes einzelnen Menschen - auch seine Urteilsfähigkeit - ist in reformatorischer Sicht entscheidend. Dies führt zur Einsicht, dass Bildung verstärkt eine Grundaufgabe der Kirche ist.

Bildung beginnt ganz sicher spätestens in den Kindertageseinrichtungen, setzt sich fort in der schulischen Bildung, geht aber weit darüber hinaus. Das schließt, ohne dass wir bei einer Pädagogisierung aller kirchlichen Handlungsfelder enden, durchaus auch (Kinder-)Gottesdienste, Jugend- und Konfirmandenarbeit u. a. mit ein. Vor dem Hintergrund des Kontextes unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation - Religion kommt ins Gerede und Pluralität fordert uns theologisch heraus - bleibt Bildung in guter reformatorischer Tradition eine wichtige Dimension unseres Glaubens.⁴²

„Wie Gott zur Welt kommt“, fragen wir während dieser Synodaltagung. Gott kommt im Wort zur Welt - im Fleisch gewordenen Wort, im Christus, in Begegnungen mit Menschen. Gott kommt im Wort zur Welt – in der Tradition der Bibel, in den Worten Jesu, im gepredigten Wort und manchmal auch in

⁴¹ Aus Fulbert Steffensky, „Schwarzbrotspiritualität“, 2006, S. 71f

⁴² „Entscheidend ist in reformatorischer Sicht vielmehr der Glaube jedes einzelnen Menschen. Ein solcher Glaube kann sich deshalb nicht mehr allein auf die Kirche und auf den Mitvollzug ihrer Riten berufen. Vielmehr setzt Glaube im reformatorischen Sinne eigenes Verstehen voraus, zunächst als Vertrautheit mit dem Inhalt des Evangeliums von Jesus Christus, die nur aus der biblischen Überlieferung zu gewinnen ist, sodann aber auch im Sinne einer eigenen religiösen Urteilsfähigkeit. Theologisch gesehen ist dies zugleich mit dem Prinzip des allgemeinen Priestertums verbunden, das eine religiöse Aufwertung jedes und jeder einzelnen Gläubigen bedingt und zugleich eine individuelle Mitverantwortung für Kirche, Gemeinde und christliche Lehre einschließt. Zum Christsein gehören nach Luther ausdrücklich das Recht und die Pflicht, die in Gemeinde und Kirche verkündigte christliche Lehre zu beurteilen.“ Friedrich Schweitzer, *Bildung*, 2014, S78ff.

nicht-religiöser Sprache. Gott kommt im Christus zur Welt – im „Christus als Gemeinde existierend“ (Dietrich Bonhoeffer). So sind wir „Kirche Gottes und der Welt“.

„Wieviel Raum braucht die Kirche?“ (Dietrich Bonhoeffer)⁴³

„... Es gehört zur Offenbarung Gottes in Jesus Christus, daß sie Raum in der Welt einnimmt. Aber es wäre allerdings grundverkehrt, diesen Raum nun einfach empirisch zu deuten. Wenn Gott in Jesus Christus Raum in der Welt beansprucht, - und sei es nur in einem Stalle, weil „sonst kein Raum in der Herberge“ war – so faßt er in diesem engen Raum zugleich die ganze Wirklichkeit der Welt zusammen und offenbart ihren letzten Grund. So ist auch die Kirche Jesu Christi der Ort – das heißt der Raum – in der Welt, an dem die Herrschaft Jesu Christi über die ganze Welt bezeugt und verkündigt wird. Dieser Raum der Kirche ist also nichts für sich selbst Bestehendes, sondern etwas immer schon weit über sich Hinausgreifendes, eben weil es nicht der Raum eines Kultvereins ist, der um seinen eigenen Bestand in der Welt zu kämpfen hätte, sondern weil es der Ort ist, an dem von Begründung aller Wirklichkeit in Jesus Christus Zeugnis gegeben wird. Die Kirche ist der Ort wo bezeugt und ernstgenommen wird, daß Gott die Welt in Christus mit sich selbst versöhnt hat, daß Gott die Welt so geliebt hat, daß er seinen Sohn für sie hingab. Der Raum der Kirche ist nicht dazu da, um der Welt ein Stück ihres Bereiches streitig zu machen, sondern gerade um der Welt zu bezeugen, daß sie Welt bleibe, nämlich die von Gott geliebte und versöhnte Welt. Es ist also nicht so, daß die Kirche ihren Raum über den Raum der Welt ausdehnen wollte oder müßte, sie begehrt nicht mehr Raum als sie braucht, um der Welt mit dem Zeugnis von Jesus Christus und von ihrer Versöhnung mit Gott durch ihn zu dienen. Die Kirche kann ihren eigenen Raum auch nur dadurch verteidigen, daß sie nicht um ihn, sondern um das Heil der Welt kämpft. Andernfalls wird die Kirche zur „Religionsgesellschaft“, die in eigener Sache kämpft, und da- | mit aufgehört hat, Kirche Gottes in der Welt zu sein...“

⁴³ Bonhoeffer, Dietrich, Werke, „Ethik“, Band 6.(Hrsg.) Ilse Tödt, Heinz Eduard Tödt, Ernst Feil und Clifford Green. München: Chr. Kaiser Verlag, 1992. - ISBN 3-459-01898-4. Seiten 48 – 50